

# Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich amtl. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Gegründet 1888.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Kötter,  
Verlag der Hans Kötter'schen Druck- und Verlagsanstalt  
in Limburg a. Rh.

Einzelheftpreis: 6 Pfennige. Bei Abnahme von 10 Hefen 50 Pfennige. Bei Abnahme von 20 Hefen 1 Mark. Bei Abnahme von 50 Hefen 2 Mark 50 Pfennige. Bei Abnahme von 100 Hefen 4 Mark 50 Pfennige. Bei Abnahme von 200 Hefen 8 Mark 50 Pfennige. Bei Abnahme von 500 Hefen 19 Mark 50 Pfennige. Bei Abnahme von 1000 Hefen 37 Mark 50 Pfennige. Bei Abnahme von 2000 Hefen 72 Mark 50 Pfennige. Bei Abnahme von 5000 Hefen 177 Mark 50 Pfennige. Bei Abnahme von 10000 Hefen 347 Mark 50 Pfennige. Bei Abnahme von 20000 Hefen 687 Mark 50 Pfennige. Bei Abnahme von 50000 Hefen 1717 Mark 50 Pfennige. Bei Abnahme von 100000 Hefen 3417 Mark 50 Pfennige. Bei Abnahme von 200000 Hefen 6817 Mark 50 Pfennige. Bei Abnahme von 500000 Hefen 17017 Mark 50 Pfennige. Bei Abnahme von 1000000 Hefen 34017 Mark 50 Pfennige.

Nummer 229

Limburg, Montag, den 4. Oktober 1920.

88. Jahrgang

## Arbeitsmilitarismus.

Es wäre wirklich kein schlechter Gedanke wenn der militärische Gedanke, der den Militarismus mit einer Grundlage versah, in Deutschland berufen sein sollte, an einem großen Werke des Friedens zu bewahren. Die Presse ist in diesen Tagen stark mit dem Plan der Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht beschäftigt, von der der Reichswirtschaftsminister Dr. Schulz in einer Konferenz mit Berliner Pressevertretern in ganz chemischer Weise gesprochen haben soll. Von anderer Seite wird erklärt, daß sich die Reichsregierung, wenn auch in noch vollkommen unverbindlicher Weise, gleichfalls mit dem Gedanken befaßt hat, und zwar im Zusammenhang mit dem Programm zur Sanierung unserer Finanzen. Man sagte das Wort von einem „Reichsarbeitsopfer“, das zu einer Sanierung beitragen soll, und so gewinnt es in der Tat den Anschein, als ob der Plan zum mindesten ernsthafter bisher erörtert wird. Natürlich liegt auch, selbst wenn das nicht, die ganze Sache noch weit im Felde, denn begreiflicherweise ließe sich ein derartig großes Unternehmen nicht auf heute auf morgen auf die Beine bringen. Auch muß man sich vor Augen halten, daß es noch vollkommen im ungewissen ist, wie sich die öffentliche Meinung und auch die parlamentarischen Parteien im Ernstfalle zu ihr verhalten werden. „Vorwärts“, „Freiheit“ und „Rote Fahne“ die in Berlin führenden Organe der drei sozialistischen Parteien haben sie jedenfalls in gradweise steigender Energie ab, während man im bürgerlichen Lager der Sache anscheinend ruhiger gegenüber steht. Im übrigen muß man ja vorerst noch abwarten, was überhaupt aus dem Plane wird, denn bisher ist man ja noch gar nicht, in welcher Form die Durchführung vor sich gehen soll. Von kundiger Seite wird nun hingewiesen, daß man zunächst auf dem Wege über den Reichsarbeitsnachweis Arbeitsfreiwillige anwerben müsse, die dann allmählich durch die eigentlichen Arbeitsfreien im Alter von 18 bis 20 Jahren zu ersetzen müssen. Als Arbeitsgebiete käme die Steigerung der Ertragsfähigkeit durch Kulturarbeiten, Bau von Kanälen, Anlage von Wasserkräften, Heimen, Arbeiterwohnstätten usw. in Frage. Die des Gedankens eines Arbeitsdienstjahres behaupten, daß genug vorhanden sein würde, selbst wenn man den Ausmaß auch die Frauen mit einbezog. Die Sache würde natürlich dem Reichsarbeitsminister obliegen, und alles in allem verspricht man sich von der Arbeitswehr Ertragsreiches zum Besten der Volksgemeinschaft und im Sinne eines organischen Wiederaufbaues.

## Ablehnung des deutschen Protests gegen den polnischen Weichselfstreifen.

Berlin, 1. Okt. (WZ). Die deutsche Regierung hat am 15. August der Völkervereinigung in Paris einen eingehend begründeten Protest gegen die von ihr gefällte Entscheidung über das weichselfische Abstammungsgebiet überreicht, nach der ein Streifen des rechten Weichselflusses, sowie die dort befindliche Dörfer in völlig unredlicher Weise von Polen zugesprochen werden. Die Völkervereinigung hat dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Paris nachstehende Antwort zugehen lassen: „Ihr Vorbringen überreichte mit einer Note der Friedenskonferenz der Protest der deutschen Regierung gegen die von den polnischen Regierungen über das Abstammungsgebiet von Marienwerder getroffene Entscheidung. Die deutsche Regierung erklärt, daß sie die Verantwortung für die Folgen dieser Entscheidung ablehnen zu müssen, die sie nicht anerkennen kann, da sie, wie sie sagt, mit den Bestimmungen des Friedensvertrages vereinbar und ebenso sehr im Widerspruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wie mit den geographischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Landes steht. In dem die Empfang dieser Mitteilung bestätigte, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Konferenz die Berücksichtigung des Protestes ihrer Regierung bei Entgegennahme der Entscheidung, die Ihnen mitgeteilt wurde, nicht anerkennen wird. Die Mächte handelten in voller Ausübung ihrer Souveränität, die ihnen Artikel 97 des Friedensvertrages zuerkannt wurde, von dem alleinigen Wunsche geleitet, diesen Streit zu lösen. Sie haben ebenso wenig das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt, wie sie die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Landes verkannt haben. Die deutsche Regierung kann sich übrigens nicht weigern, die Entscheidung anzuerkennen, zu deren Annahme sie sich durch den Unterzeichneten unter den Friedensvertrag verpflichtet hat. Der Antwort der Völkervereinigung vermeidet sorgfältig das Eingehen auf den Protest der deutschen Regierung, deren Begründung eben nicht zu widerlegen ist.“

## Die 50-Kilometerzone geräumt.

Berlin, 1. Okt. (WZ). Vom Reichswehrministerium ist mitgeteilt, daß mit dem heutigen Tage die 50 Kilometerzone geräumt und das Heer auf 150 000 Mann vermindert ist.

## Verdächtiges Wirken eines Ernährungskommissars.

Berlin, 1. Okt. (WZ). Der Geschäftsordnungs-Kommission der Landesversammlung beschloß, die Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten Wilhelm Schulz (Kiel) zu erteilen, da dieser dringend verdächtig ist, als Ernährungskommissar für Schleswig-Holstein in zahlreichen Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht zu haben. Die Mehrzahl der Kommissare enthielt sich der Abstimmung.

## Ein Dementi des Reichsarbeitsministeriums.

Berlin, 1. Sept. (WZ). Aus dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt. Die Behauptung, im Reichsarbeitsministerium seien Beamte eingestellt, für die das Ministerium Kurse im Takt und Kopfrechnen habe einrichten müssen, ist schon einmal mit aller Deutlichkeit dementiert worden. Dennoch tritt diese Nachricht in der Öffentlichkeit immer wieder auf. Es sei deshalb noch einmal darauf hingewiesen, daß Lehrgänge in den Elementarfächern niemals im Reichsarbeitsministerium stattfanden. Im Reichsarbeitsministerium sind, wie schon früher festgestellt worden ist, seit seiner Gründung im Oktober 1918 nur Beamte eingestellt, die die nötige Vorbildung für die Tätigkeit im Reichsarbeitsministerium besitzen.

## Ein rabiater Generalkonsul.

Beuthen, 1. Okt. (WZ). In der vergangenen Nacht gegen 3 Uhr wurde im hiesigen Hauptbahnhof ein Mann verhaftet, der wegen der Verweigerung des Zutritts zum Bahnhof lärmte, die Beamten beleidigte und aus einem Revolver schoss, wodurch ein junger Mann am Unterarm verletzt wurde. Die Personalfeststellung ergab, daß es sich um den polnischen Generalkonsul in Oppeln, Kozłowski handelte. Laut Mitteilung von interalliiertem Seite ist die Angelegenheit dem Oberstaatsanwalt beim Sondergericht in Oppeln übergeben worden.

## Die russischen Propagandagelder in Deutschland.

Berlin, 1. Oktober. In dem Streit der Freiheit und der roten Fahne um die russischen Stipendien schreibt heute das kommunistische Blatt: „Wir machen kein Hehl daraus, daß unsere russische Bruderpartei und finanziell unterstützt hat. Sollte die Freiheit es wünschen, so sind wir bereit, unter den prominenten, heute gegen Moskau weiterdenkenden Führern des rechten Flügels solche Namen öffentlich zu nennen, die recht erhebliche Geldsummen von der kommunistischen Partei Deutschlands angenommen haben. Summen, von denen wir ohne weiteres annehmen, daß sie sie nicht zu persönlichen Zwecken, sondern zu den politischen Zwecken ihrer Partei verwendet haben.“

## Klara Zethin in Moskau.

Nach einer Meldung des Berliner Tageblatt aus Helmingen begrüßte Klara Zethin in Moskau das Plenum des Moskauer Sowjets „im Namen der deutschen Arbeiterklasse“ und sprach ihre Überzeugung für einen neuen Ausdruck der Revolution aus, die diesmal auch Frankreich mit fortziehen werde.

## Gegen die Vergewaltigung der evangelischen Kirche in Polen.

Bernigerode, 1. Okt. (WZ). Die heute hier tagende Abgeordnetenversammlung des evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung wendet sich mit folgender Kundgebung an die evangelische Christenheit aller Völker: „Mit tiefer Bewegung haben wir die Mitteilungen unserer Vertreter aus den abgetrennten Gebieten über die ungeheure Bedrückung vernommen, mit der unsere Glaubensgenossen vom nationalen und konfessionellen Fanatismus heimgesucht werden. Wir sind erschüttert von den Quälereien und Verfolgungen durch das polnische Volk, denen die Gemeinden in Posen und Westpreußen, ihrer Pfarrer und Selbstverwaltung beraubt, seit langem schmerzhaft ausgesetzt sind. Entgegen dem unüberwindlichen, im Friedensvertrag feierlich verbürgten Recht der Selbstbestimmung und im Widerspruch mit den Grundgesetzen freier bürgerlicher Selbstverwaltung sucht man diese Kirche in eine Staatskirche der polnischen Bevölkerung zu verwandeln. Das gleiche Schicksal droht der evangelischen Bevölkerung Oberschlesiens, wenn es den dortigen Polenmännern gelingt, auch dieses Gebiet wegzureißen. Im Namen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit des Evangeliums und des Friedens fordern wir den Protestantismus auf der ganzen Welt feierlich auf, den 900 000 Gliedern dieser Kirche zu Hilfe zu kommen. Wie einst der Schwedenkönig Gustav Adolf unseren Vorfahren in ihrer Gewissensnot als Retter erschien und wie vor etwa 200 Jahren in den letzten Tagen des alten Polens wiederholt der Gemeinsinn des englischen, holländischen und skandinavischen Protestantismus gegen die grausame polnische Dissidentenpolitik protestiert hat, so muß jetzt die evangelische Christenheit aller Völker machtvoll ihre Stimme erheben, um dem Untergang des Evangeliums in den schwer bedrohten Gebieten Posens, Westpreußens und Schlesiens die bisher blühende Provinzen des Evangeliums zu wehren. Unseren Glaubensgenossen aber unter dem schweren Kreuz der polnischen Bedrückung, gleichviel ob deutscher oder polnischer Sprache, versprechen wir vor Gottes Angesicht, daß wir nicht müde werden wollen, unsere christliche Bruderpflicht an ihnen auch ferner treulich zu erfüllen. Werft auch in schwerster Zeit euer Vertrauen nicht weg! Es bleibt unser Glaube, der die Welt überwinden hat. Es bleibt uns die Hoffnung, die nicht zuschanden werden läßt. Es bleibt die Liebe, die nimmermehr aufhört!“

## Aus der Marine.

Berlin, 1. Okt. (WZ). Die Entwertung der Rierler Fährscheine als Kriegsschiffen infolge der Schleifung der Festungswerke und die durch die Kohlenknappheit bedingte wirtschaftliche Notwendigkeit, die Minensuchverbände in die Nähe ihres Tätigkeitsgebietes zu stationieren, hat dazu geführt, einem Teil der Seestreitkräfte der Ostsee Zwinmünde als Hauptstützpunkt zuzuweisen. Die Schiffsstammdivision, die die Belagungen der noch in Dienst zu stellenden Schiffe

in sich vereinigt, soll Stralsund als Standort erhalten. Die beiden Seefestungen Zwinmünde und Pillau werden von der Marine befehligt. In Kiel bleiben die wichtigsten Marinebehörden, die bisher dort ihren Sitz hatten, ferner die Küstenwehrabteilung und ein Teil der Seestreitkräfte.

## Tuno über die deutsche Schifffahrt.

New York, 30. Sept. In einem Interview mit dem Globe vergleicht Generaldirektor Tuno von der Hapag die deutsche Handelsmarine mit einem bankrotten Großfiscus, der genötigt sei, als Detailist wieder zu beginnen. Die deutschen Werften bauen jährlich 600 000 Tonnen, von denen 400 000 für den deutschen Gebrauch verbleiben. Es werden jedoch nur 100 000 Tonnen Frachter mit Zwischendeck gebaut, da der Passagierdienst noch in weiter Ferne liegt.

## Ein Prinz als Waffenschieber?

Wie eine Lokalcorrespondenz berichtet, ist vor einigen Tagen gegen den aus dem Adlon-Prozess bekannten Erbprinzen Gottfried von Hohenlohe-Langenburg, Rittmeister von Uruh und Oberleutnant Fölz bei der Staatsanwaltschaft 3 ein Verfahren wegen beabsichtigter Verschlebung von zwei Millionen deutscher Gewehre in Holland anhängig gemacht worden. Die drei genannten Herren wurden am 28. vorigen Monats auf Anordnung des Kommissars für die Entwaffnung Dr. Peters verhaftet. Nach Eröffnung des Verfahrens wegen Verschlebung gegen das Entwaffnungsgebot vom 7. August 1920 sind die Festgenommenen vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Wie weiter mitgeteilt wird, ist die beabsichtigte Waffenschlebung durch die Kriminalpolizei beim Reichsdachministerium aufgedeckt worden. Nach den bisherigen Ermittlungen war beabsichtigt worden, zwei Millionen deutscher Gewehre, die in Holland unter Beschlagnahme liegen, von dort zu verschleusen. Die Gewehre stammen aus dem Kriege, aus der Zeit, da einzelne deutsche Truppenteile auf holländisches Gebiet übertraten. Nach den Feststellungen des Reichsdachministeriums erschien eines Tages der Rittmeister von Uruh bei dem Oberleutnant Fölz und erzählte diesem, daß er aus Holland jede beliebige Menge von Gewehren erhalten und weiter verkaufen könne. Oberleutnant Fölz wandte sich an den Erbprinzen von Hohenlohe, der bekanntlich der Mitinhaber einer Handelsgesellschaft in Berlin ist und machte diesem auf Grund der Offerte des Rittmeisters Uruh ebenfalls ein Angebot, auf das der Prinz zugeklagt haben soll.

## Deutschland auf einer Stufe mit den Zuluhaffern.

Brüssel, 1. Okt. (WZ). Der belgische Industrie- und Handelsrat hielt gestern eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand die wichtige Frage der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland und des Aufenthaltsstatus der Deutschen in Belgien. „So!“ zufolge bemerkte der Vorsitzende Strauch: „Wir treiben mit Afrika Handel, wir können also unter gewissen Bedingungen auch mit Deutschland Handel treiben“, was mit großem Gelächter aufgenommen wurde.

## Polnischer Sturm gegen Korfanti.

Breslau, 1. Oktober. (WZ). Aus Beuthen wird berichtet, daß die polnischen Plebiszit-Mitarbeiter weiter gegen Korfanti Sturm laufen. In einer Versammlung in Rattow protestierten sie energisch gegen die Anschläge auf ihren Bund. Sie erklärten heute öffentlich: „Die Völkervereinigung, Verleumdungen, Hinterlistigkeiten und Bestechungen Korfantys vermögen nicht unsere Organisationen zu sprengen. Wir verdammten diejenigen Mitglieder des Vorstandes, die sich zu lägenhaften Erklärungen und der ungesunden Auflösung des Bundes laßen ließen.“ Ein neues Flugblatt wendet sich an die Zivil- und Kriegsinvaliden, an die Witwen und Waisen mit folgenden Worten: „Kümmert Ihr euch Vertrauen haben, daß Ihr eure Renten und Unterstützungen erhalten werdet, wenn die Zukunft des obereschlesischen Volkes eine Kaste diktiert, die das Recht und die Freiheit mit Füßen tritt? Öffnet die Augen und überzeugt euch, daß die polnische Schmach nur zum Schein mit euch läugelt. Wer kennt diese Herren besser als wir, die wir täglich Gelegenheit haben, ihre verwerfliche Taktik und ihre Unwirtschaftlichkeit zu beobachten.“

## Von der Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 1. Okt. (WZ). Von unserem Sonderberichterstatter. Der heutige Sitzungstag der Finanzkonferenz war der Untersuchung über die internationale Kreditfrage gewidmet. Zu dieser bedeutsamen Frage hielt der französische Vizepräsident Celler das einleitende Referat. Er hob hervor, daß das Bedürfnis nach neuem Kapital groß sei und daß es sich nach doppelter Richtung zeige: einmal müsse das Defizit in der Produktion gedeckt und zweitens die Zerstörungen des Krieges ausgeglichen werden. Dem großen Bedarf an Kapital stehe auf der anderen Seite die Knappheit gegenüber, die durch eine Reihe von äußeren Umständen verstärkt wurde, so beispielsweise durch eine Beschränkung des internationalen Kapitalverkehrs. Celler hat die Überzeugung, daß der Kapitalmarkt erst dann wirklich genesen werde, wenn die Staatsfinanzen, der internationale Handel und das Geldwesen wieder in Ordnung seien. Vorläufig müsse man sich mit Ersatzmitteln behelfen. Hier sei u. a. auf kurzfristige Anleihen zu verweisen, die für Rohstofflieferungen gewährt werden und die aus dem Erlös der verkauften Fertigfabrikate gedeckt werden müssen. Es sei auch noch hervorzuheben, daß Celler für eine neutrale Institution eintritt, die über die Fragen internationaler Kapitalanlagen dem Sparrer Aus-



kunst erteilt. In der anschließenden Diskussion sprach der belgische Ministerpräsident Delcroix über seine Vorschläge eine internationale Bank zu gründen, die durch Übernahme von Obligationen die Mittel zum Wiederaufbau schaffe.

### Zwischen deutschen und belgischen Benediktinern.

Brüssel, 30. Oktober. (W.B.) Dem „Soir“ zufolge hatten die Schritte der deutschen Benediktiner zur Wiedergewinnung ihres Besitzums in Jerusalem Erfolg. Die belgischen Benediktiner, die dahin gegangen waren, um die Abtei auf Verlangen der Alliierten in Besitz zu nehmen, werden sofort nach Belgien zurückkehren.

### Oesterreich verlangt eine Volksabstimmung in der Anschließfrage.

Wien, 1. Okt. (W.B.) Bei der dritten Lesung des Bundesverfassungsgesetzes nahm die Nationalversammlung einstimmig eine von den Großdeutschen eingebrachte Entschließung an, worin die Regierung aufgefordert wird, spätestens innerhalb 6 Monaten die Volksabstimmung über den Anschluss an das deutsche Reich anzuordnen. (Lebhafte Beifall.) Der in der Entschließung enthaltene Befehl, daß die Volksabstimmung womöglich gelegentlich der Wahlen zur Nationalversammlung am 17. Oktober erfolgen solle, wurde abgelehnt.

### Einbruchsdiebstahl in die französische Gesandtschaft in Wien.

Wien, 1. Okt. „Lidowe Novica“ melden: Wien steht vor der Enthüllung einer großen Affäre. Bekanntlich wurde jüngst über einen Einbruchsdiebstahl in der französischen Gesandtschaft gemeldet, wobei wertvolle Gegenstände entwendet worden sind. Wie man jetzt mitteilt, wurde dieser Einbruch nicht von gewöhnlichen Dieben, sondern von politischen Interessenten verübt und die gestohlenen Wertgegenstände waren Alleen. Der Presse-Attache der französischen Gesandtschaft, Professor Dunan, verweigert jede Auskunft über den Fall. Es ist jedoch kein Geheimnis mehr, daß die Urheber dieses Attentates in einer anderen Gesandtschaft liegen. Die ganze Sache hat aber einen unangenehmen Haken: Der Dieb oder die Diebe führten nicht alle weggetragenen Alleen weg, sondern nur einen Teil der Beute, und es besteht die Befürchtung, daß einzelne Stücke den Weg in die Öffentlichkeit finden werden. Man sagt, daß diese verlorenen Stücke nach Italien weggeführt worden sind.

### Dänische Parlamentswahlen.

Kopenhagen, 1. 10. (W.B.) Nach den heutigen Landstingswahlen besteht das Landsting aus 13 Konservativen, 8 Radikalen, 22 Sozialisten und 31 Mitgliedern der Linken. Zwei Wahlen stehen noch aus. Das bisherige Landsting bestand aus 14 Konservativen, 8 Radikalen, 19 Sozialisten und 31 Mitgliedern der Linken. Infolge der Rückkehr Südjütlands ist die Anzahl der Landstingsmandate um vier erhöht worden. Die Mandate gelten für acht Jahre. Die Hälfte der Mandate wird nach vier Jahren erneuert. Das erstmal entscheidet das Los, wer abgehen soll.

### Irland.

Paris, 1. Okt. (W.B.) Nach einer Meldung des „Temps“ aus London sind bei den Unruhen in Irland vom 1. Januar d. Js. ab 110 Polizisten getötet worden. Nach der „Daily News“ haben 137 Mitglieder der irischen Polizei unter dem Vorwande, daß die Arbeit, die sie verrichten müssen, sie ansele, den Abschied verlangt.

### Auge um Auge.

London, 1. Okt. (W.B.) Nach Meldungen aus Dublin griffen Sinnfeiner vorgestern Abend bei Obriensbridge (Grafschaft Limerick) eine Polizeipatrouille an. Zwei Polizisten wurden getötet. Als Vergeltungsmassnahmen für die Angriffe der Sinnfeiner plünderten und zündeten in Drinoleague (Grafschaft Cork) uniformierte Männer mehrere Geschäftshäuser an.

### Eine japanische Warnung an Amerika.

Haag, 30. Sept. Die japanische Regierung gab dieser Tage bekannt, der Minister des Auswärtigen habe mit Feldmarschall Yamagata über die kalifornische Lage konferiert. Nach einer New Yorker Meldung des „Daily Express“ hat dieser japanische Schritt in den Vereinigten Staaten viel böses Blut gemacht, da man darin eine indirekte Drohung erblickt, daß Japan, wenn seine anderen Mittel helfen, beabsichtigt, den Streit über Kaliforniens beabsichtigte antijapanische Gesetzgebung durch militärischen Druck zu entscheiden. Die öffentliche Bekanntmachung der Konferenz zwischen dem Minister des Auswärtigen und Yamagata wurde in Washington als eine Geste aufgefaßt, die Washington gegenüber dem japanischen Vorschlag zur Lösung der kalifornischen Schwierigkeiten eine gemeinsame Kommission einzusetzen, gefügiger machen solle. Japan würde aber das Gegenteil erreichen, abgesehen von der Tatsache, daß die Washingtoner Regierung ohne die Zustimmung Kaliforniens nicht in die Einsetzung einer solchen Kommission willigen könne. Die Depesche schließt: Die Möglichkeit einer japanischen Kriegserklärung gegen die Vereinigten Staaten, weil sie sich weigern, gegen Kalifornien Zwang auszuüben, gilt hier als sehr entfernt. Man hält es für sicher, daß Japan nur blufft. Dies hat die Folge, alle Amerikaner zur Unterstützung Kaliforniens zu einigen. Man deutet an, Japans wahre Absicht sei, die Lage zu einer ernsten Krise zu gestalten und dann anzubieten, Japan wolle alle seine kalifornischen Forderungen stellen lassen, wenn Amerika Japan in der Mandschurei, in Sibirien und in China freie Hand gebe, worauf Amerika sich aber nie einlassen werde.

### Der polnische Generalstabsbericht.

Warschau, 1. Okt. (W.B.) Im Generalstabsbericht der polnischen Armee vom 30. September heißt es: Nach der Zerstörung der im Bereich von Lida konzentrierten Sowjettruppen leisteten unsere Truppen die Verfolgung des Feindes in östlicher Richtung eiligt fort. Der Feind zieht sich in vollständiger Auflösung zurück, von allen Seiten von unseren Truppen angegriffen. Eine der Sowjetdivisionen ging vollständig zu uns über, nachdem sie ihre Kommissare, die sie zum Widerstand aufgefordert hatten, ermordet hatte. Von Slonim vorrückende weißrussische Truppen nahmen am 30. September in einem heldenmütigen Angriff Baronowitschi.

### Russischer Bericht.

Moskau, 1. Okt. (W.B.) Durch Funkpruch: Operationsbericht der russischen Sowjetrepublik vom 30. September: Im Abschnitt Slonim dauern die hartnäckigen Kämpfe an. Im Abschnitt Pinsk sind für uns erfolgreiche Kämpfe in der Nähe der Stadt Pinsk im Gange. Im Abschnitt Nowogrod-Polnisch verdrängten wir den Gegner aus dem Fieden Gorodniza. Südwestlich Prosluraw dauert der Kampf an. Krimfront: Vom Dnjepr bis Alexandrowst und bis zum Asowschen Meere dauert der Kampf an.

### Von den russisch-polnischen Friedensverhandlungen.

Warschau, 1. Oktober. (W.B.) Aus Riga wird gemeldet: In der Dienstag-Sitzung der Hauptkommission schwächten sich die Friedensaussichten ab. Die Friedensbedingungen Joffes, die angeblich das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen, dabei aber eine Volksabstimmung nur für Galizien vorsehen, gie Linder am Bug dagegen ohne Abstimmung Rußland zueräumen, tiefen große Verwunderung hervor.

### Die Massenhinrichtungen in Rußland.

London, 1. Okt. Die „Daily News“ entnimmt der „Zwestija“ einen Bericht, wonach vom 2. Juli bis 23. Juli, also innerhalb eines Monats, in Sowjet-Rußland 998 Todesurteile vollstreckt worden sind. Davon betrafen: 517 auf Hochverrat, 251 auf Plünderung, 74 auf Aufrüstung, 69 auf Verrat, 59 auf Diebstahl und ähnlichen Vergehen, 15 auf Trunksucht, 6 auf Spionage, 5 auf verbotene Waffen und 2 auf Meuterei.

### Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 4. Oktober 1920.

Herr Josef Laibach hat sein Mandat für die Stadtverordnetenversammlung niedergelegt.

(—) Eschhöfer Kirmes. Unsere Kirmesorte Eschhofen und Wahlen begingen gestern ihre Kirmes. Wegen des vorausgegangenen Regens war der Besuch gegen frühere Jahre beeinträchtigt. Der Kirmesfestplatz ist jetzt für immer auf die Wiesen beim ersten Bahnhofsübergang verlegt und war gestern mit allerlei vom Dietricher Markt kommenden Buden besetzt. In den Sälen fand so der Tanz statt.

anerkannte. Als er von dem Gerichtssaal herabstieg, stand ein Wagen mit Postpferden vor der Tür, er reiste schnell ab und ließ Mutter und Schwester zurück. Sie würden ihn vielleicht nie wieder sehen, hatte er ihnen mit anderen rätselhaften Äußerungen geschrieben. Roderichs Erläuterungen über diese Wendung, die die Sache nahm, war nicht gering, er drang in B., ihm doch nur zu erklären, wie dies Wunder habe bewirkt werden können, welche geheimnisvolle Macht im Spiele sei. B. verdrößte ihn indessen auf künftige Zeiten, und zwar wenn er Besitz genommen haben würde von dem Majorat. Die Übergabe des Majorats konnte nämlich deshalb nicht geschehen, weil nun die Gerichte, nicht befriedigt durch jene Erklärung Huberts, außerdem die vollständige Legitimation Roderichs verlangten. B. bot dem Freiherrn die Wohnung in R. sitzen an, und setzte hinzu: daß Huberts Mutter und Schwester durch seine schnelle Abreise in augenblickliche Verlegenheit gesetzt, den stillen Aufenthalt auf dem Stammgute der geräuschvollen, teuren Stadt vorziehen würden. Das Entzücken, womit Roderich den Gedanken ergiff, mit der Baronin und ihrer Tochter wenigstens eine Zeitlang unter einem Dache zu wohnen, bewies, welchen tiefen Eindruck Seraphine, das holde, anmutige Kind, auf ihn gemacht hatte. In der Tat wukte der Freiherr seinen Aufenthalt in R. sitzen so gut zu benutzen, daß er, wenige Wochen waren vergangen, Seraphines innige Liebe und der Mutter beifällige Wort zur Verbindung mit ihr gewonnen hatte. Dem B. war das alles so schnell, da bis jetzt Roderichs Legitimation als Majoratsbesitzer von R. sitzen noch immer zweifelhaft geblieben. Briefe aus Rußland unterbrachen das Idyllleben auf dem Schloße. Hubert hatte sich gar nicht auf den Gütern sehen lassen, sondern war unmittelbar nach Petersburg gegangen, dort in Militärdienste getreten, und stand jetzt im Felde gegen die Perser, mit denen Rußland gerade im Krieg begriffen. Dies machte die schnelle Abreise der Baronin mit ihrer Tochter nach den Gütern, wo Unordnung und Verwirrung herrschte, nötig. Roderich, der sich schon als den ausgenommenen Sohn betrachtete, unterließ nicht, die Geliebte zu begleiten, und so wurde, da B. ebenfalls nach R. zurückkehrte, das Schloß einsam, wie vorher. Des Hausverwalters böse Krankheit wurde schlimmer und schlimmer, so daß er nicht mehr darauf zu stehen glaubte, sein

(—) Die geistige Ausstellung von Dönn, die in Limburg stattfand, war sehr stark besucht und waren die Besucher über die Schönheit, Vollkommenheit und Reichhaltigkeit des Ausgestellten entzückt. Der Wunsch, die Ausstellung nochmals stattfinden zu lassen, war allgemein. Der Vorstand hat sich deshalb entschlossen, sie morgen Sonntag von 12—6 Uhr zur Besichtigung nochmals zu öffnen. (Siehe Anzeige.) Ein Bericht über die Ausstellung folgt.

Der Vortrag des Herrn Magistratschöffen Meijer Hagenhoff über die gegenwärtige Finanzlage der Stadt Limburg fand am Freitagabend im „Lahned“ statt. In eingehender Weise behandelte Herr Hagenhoff besonders den diesjährigen Haushaltsplan der Stadt und sprach von da aus in interessanten Gedankenengängen über die Aufgaben der künftigen Stadtverwaltung. Die Aufgaben der künftigen Stadtverwaltung heute erwachsen sind, als auch über geistige und noch viel mehr nicht gelungene oder veräumnisse Wirtschaftsmassnahmen aus alten und neueren Zeiten, die zur Gegenwart lehrreiche Fingerzeige geben können. Eine Ausprache der Versammelten schloß sich an.

Der Vortrag zum Wohnungsbau. Der Rat hat bekanntlich beschlossen, daß die Einheitszinsen für die Gewährung von Darlehen zur Errichtung neuer Wohnungen in Ausnahmefällen bis auf das Doppelte erhöht werden können. Hieraus ist bei den Bauherren vielfach irrige Anschauung entstanden, daß ihnen nunmehr durchweg verdoppelte Darlehensbeträge für ihre Bauvorhaben zustehen werden. Der Minister für Volkswohlfahrt hat deshalb darauf hin, daß die Erhöhung der Einheitszinsen in Preußen keine unmittelbare Bedeutung hat, weil die zur Reich zur Verfügung gestellten Darlehensmittel bereits ausgeschüttet sind. Nur dort, wo eine Mehrheit von Wohnungen in ein und demselben Bescheid mit einem Kreditsdarlehen bedacht werden und wo mit den Bauarbeiten nicht in vollem Umfang begonnen worden ist, wird eine Erhöhung des Darlehensbetrages für die schon begonnenen Bauten durch eine entsprechende Einschränkung der Bauvorhaben vornehmen lassen, wenn andernfalls zu sorgen wäre, daß das ganze Bauvorhaben mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht durchgeführt werden könnte.

Westerburg, 1. Okt. Hier fand am 15. September im „Gasthaus zum Löwen“ eine Versammlung der Bauernschaft und der Verbraucherschafft unter dem Vorsitz des Herrn Landrats statt, in welcher der Kartoffelmarkt von 25. März je Zentner von den Verbrauchern nach ihrem Auseinanderlegung gebilligt wurde. Auch über die Preisbildung anderer Lebensmittel und Bedarfsgegenstände wurden beraten und beschlossen eine Preisprüfungsstelle einzurichten. Preisabbau und Wohlleben waren hier sehr nahe zusammengefallen. Als die ersten Teilnehmer der Preisabbaufammlung im Hotel „Zum Löwen“ erschienen, konnten sie die Spuren eines nachlässigen Gelages wahrnehmen. Die Ortsbewohner von Westerburg gaben bald Befehl über die vorgeführten Weingläser und Setztischen. Die Viehhändler W. Sch. hatte in der vergangenen Nacht zum 30. Geburtstag im Kreise ausgewählter Freunde im Gasthaus gefeiert. Dabei waren neben Sekt, wertvollen und teuren Zigarren nicht weniger als 30 junge Frauen und 30 Pfund Rostbraten verpeißt worden. Eine Frau von 12 Mann konnte man sich leisten. Sollten die für solche Gelage nicht besser zur Beschaffung von Kartoffeln für Kinderbemittelte Verwendung finden?

Frankfurt, 1. Okt. Das jährliche Ende eines Tagausflugs. Am Sonntag, den 11. Mai, nahmen zwei Familien eine Radpartei. In der Nähe von Eschhofen gingen zwei Radfahrer. Einer der Radler fiel zwischen den beiden Männern durch, wobei es zu einem Konflikt kam. Der Radler flog zur Erde und geriet mit dem Kopf auf einen Stein. Der Radfahrer hielt die Hand fest, in der der Kopf das Messer hatte, aber plötzlich nahm der Radfahrer das Messer in die rechte Hand und verfehlte dem Verletzten einen Stich in den Rücken. Als dem Verletzten keine Hilfe sprangen bekam auch ein Kriegsinvaliden einen Stich in den Rücken. Der Radfahrer mußte nach einem Notverband auf einem Fuhrwerk nach Frankfurt gebracht werden und zwar bis zum 31. Mai arbeitsunfähig. Als Cezanne jetzt vor dem Schöffengericht stand und eine sehr hohe Strafe gegen ihn verurteilt wurde, rief er in großer Erregung den Zeugen zu: „Ich habe heute einen Meineid geschworen.“ Das Gericht berücksichtigte daß bei dem Vorfall ein Verbrechen vorlag.

Ant wurde einem alten Jäger, Wolfgangs treuem Jüngling, übergeben. Endlich, nach langem Warten, erhielt B. die gewünschten Nachrichten aus der Schweiz. Der Herr Roderichs Trauung vollzogen, war lange in den Händen geblieben, und in dem Kirchenbuche, von dem Hand notiert, daß derjenige, der unter dem Namen Seraphine mit dem Fräulein Julie St. Val ehelich verbunden wurde, sich bei ihm als Freiherr Wolfgang von R. sitten, ein legitimer Sohn habe. Außerdem wurden noch zwei Trauungen ein Kaufmann in Genf, und ein alter französischer Major, der nach Lyon verzogen, ermittelt, denen Wolfgang ebenfalls sie entdedt hatte und ihre ehelichen Aussagen bestätigten. Der Herr Roderichs Trauung vollzogen, war lange in den Händen geblieben, und in dem Kirchenbuche, von dem Hand notiert, daß derjenige, der unter dem Namen Seraphine mit dem Fräulein Julie St. Val ehelich verbunden wurde, sich bei ihm als Freiherr Wolfgang von R. sitten, ein legitimer Sohn habe. Außerdem wurden noch zwei Trauungen ein Kaufmann in Genf, und ein alter französischer Major, der nach Lyon verzogen, ermittelt, denen Wolfgang ebenfalls sie entdedt hatte und ihre ehelichen Aussagen bestätigten.

Der November war angebrochen, als die Baronin Roderich mit seiner Braut in R. sitzen anlangte. Die Abreise des Majorats erfolgte und dann Roderichs Trauung vollzogen. Manche Woche verging im Traum und Lust bis endlich die überfälligen Gäste nach und nach im Schloß verließen zur großen Zufriedenheit B. sitten nicht scheiden wollte, ohne den jungen Roderichs herin auf das genaueste einzuweisen in alle Verhältnisse des neuen Besitzums. Mit der strengsten Genauigkeit und Roderichs Cheim die Rechnungen über Einnahmen und Ausgabe geführt, so daß, da Roderich nur eine geringe Summe jährlich zu seinem Unterhalt bekam, durch die Umsätze der Einnahmen jenes bare Kapital, das man in den alten Freiherrn Nachlaß fand, einen bedeutenden Zuwachs erhielt. Nur in den ersten drei Jahren hatte Roderich Einnahmen des Majorats zu seinem Nutzen verwendet, darüber aber eine Schuldenfremdung ausgestellt und es auf den zusehenden Anteil der Güter in Rußland versichern lassen. (Fortsetzung folgt.)

## Das Majorat.

Eine Erzählung von E. L. A. Hoffmann.

24) (Nachdruck verboten.) Der Alte verfiel in eine ernste Krankheit, er sprach nicht er nahm nur wenig Nahrung zu sich und starzte, wie fest geklemmt von einem entsetzlichen Gedanken, mit Widen in denen sich der Tod malte, vor sich hin. B. glaubte, daß der Alte von dem Lager nicht erheben werde. Alles, was sich für seinen Schicksal tun ließ, hatte B. getan, er mußte ruhig den Erfolg abwarten und wollte deshalb nach R. zurück. Die Abreise war für den folgenden Morgen bestimmt. B. packte spät Abends seine Papiere zusammen, da fiel ihm ein kleines Paket in die Hände, welches ihm der Herr Hubert von R. überreichte und mit der Aufschrift: Nach Eröffnung meines Testaments zu lesen zu gestellt und das er unbegreiflicherweise noch nicht gelesen hatte. Er war im Begriff, dieses Paket zu öffnen, als die Thür aufging und mit leisen, gespenstischen Schritten Daniel herintrat. Er legte eine schwarze Mappe, die er unter dem Arm trug, auf den Schreibtisch, dann mit einem tiefen Lächeln auf beide Kniee sinkend, B.'s Hände mit den seinen trampfhaft fassend, sprach er höhl und dumpf, wie aus tiefem Grabe: „Auf dem Schaffot stürzt ich nicht gern!“ Der dort oben richtete! — Dann richtete er sich unter angstvollem Reudnen mühsam auf und verließ das Zimmer, wie er gekommen.

B. brachte die ganze Nacht hin, alles das zu lesen, was die schwarze Mappe und Huberts Paket enthielt. Beides hing genau zusammen, und bestimmte von selbst die weiteren Maßregeln, die nun zu ergreifen. So wie B. in R. angekommen, begab er sich zum Freiherrn Hubert von R., der ihn mit rauhem Stolz empfing. Die merkwürdige Folge dieser Unterredung, welche Mittags anfang und bis spät in die Nacht hinein ununterbrochen fort dauerte, war aber, daß der Freiherr andern Tages vor Gericht erklärte, daß er den Prätestanten des Majorats dem Testament seines Vaters gemäß für den in rechtsgültiger Ehe von dem ältesten Sohn des Freiherrn Roderich von R., Wolfgang von R. mit dem Fräulein Julie von St. Val erzeugten Sohn, mithin für den rechtsgültig legitimierten Majorats Erben



Seiten vorlag und hielt deshalb eine Strafe, wie sie sonst für Meißerherren üblich sei, nicht für angebracht. Immerhin wurde auf zwei Monate Gefängnis und 2000 Mark Buße erkannt.

**Frankfurt, 2. Okt.** Die Braut des Familienvaters. Der Arbeiter Christian Heber ist verheiratet und Vater zweier Kinder. Das hielt ihn nicht ab, sich einem Mädchen gegenüber als ledig auszugeben und sich mit ihm zu verloben. Es kam ihm aber weniger auf die Braut wie auf deren Erbschaft an, und als er sie um 353 Mark erkaufte hatte, da zog er sich von der Verlobten zurück. Er bezog noch einen Stiefelbisch, und da er rückfälliger Dieb war, so fehlte es eine hohe Strafe ab, nämlich 2 Jahre und ein Monat Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust.

**Offenbach, 2. Okt.** Ein Weißbrötchen für das Museum. Dem Heimatmuseum in Offenbach wurde ein gut erhaltenes Weißbrötchen überlassen, das 103 Jahre alt ist und an die Hungersnot von 1817 erinnert. Man sollte ihm auch ein Weißbrötchen vom Jahre 1920 mit überreichen.

**Leutesdorf, 28. Sept.** Gestern Abend spielte sich eine aufregende Szene auf dem Rheine ab. Von einem zu Berg fahrenden Anhängelschiff fiel ein Knabe ins Wasser und wurde von der starken Strömung weit abgetrieben. Der Schiffer sprang sofort in den Rachen und fuhr seinem Kinde nach. Etwa zehn Meter vom Schiffe entfernt konnte er es dem nassen Element wieder entreißen.

**M. Gladbach, 1. Okt.** Gestern wurde in der Nähe von Tullen im Walde von Jägern ein Rudel mit Raubtieren, bestehend aus einem Hund mit Personalausweis, lautend auf den Namen Paula Sommer, M. Gladbach, gefunden. Den Jägern kam die Sache verdächtig vor und sie suchten weiter. In ihrem Entschließen fanden sie die Leiche der Sommer, die schon stark in Verwesung übergegangen war. Wie es heißt, soll sie schon seit vier Wochen zu Hause vermisst sein.

**Am. 1. Okt.** Ein sehr bedauerndes Unglück ereignete sich heute Nacht gegen 1 Uhr bei der aus dem Elsfeld durch die Franzosen ausgewiesenen Familie Loh. Die 28-jährige Tochter lagte über Zahnschmerzen und machte sich am Wasserhahn zu schaffen, um Wasser zu trinken. Dabei ist sie jedenfalls mit dem Licht an ihre Kleider gekommen, die Feuer fingen, denn sie stand bald in hellen Flammen. Auf den Hilferufen „Feuer!“ eilten ihr Vater und der Bruder hinzu. Letzterem gelang es mittels einer Decke, die Flamme zu ersticken. Man verbrachte sie mit dem ersten Zug nach der Klinik in Gießen.

**Berlin, 23. Sept.** Eine Bande von Eisenbahn- Dieben wurde hinter Schloß und Riegel gebracht. Auf der Spur kam man durch einen großen Diebstahl aus dem Bahnhofs Bahnhof, bei dem den Tätern am 25. September aus einem erbrochenen Koffersack für mehrere hunderttausend Mark Porzellaner Schmuckstücke in die Hände fielen. Jetzt gelang es, 19 Personen, darunter eine Frau, zu überführen und festzunehmen. Der Anführer dagegen, ein Bahn-Verwaltungsbeamter, Gustav Kuhnert, wird noch eifrig gesucht. Kuhnert erbrach den Wagen, während die anderen, ebenfalls Bahnunterhaltungsarbeiter, Handreichungen leisteten oder die Aufpasser spielten.

## Amtlicher Teil.

(Nr. 229 vom 4. Oktober 1920.)

### An die Herren Bürgermeister des Kreises

Unter Bezugnahme auf § 117 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 erlaube ich, die zur ordnungsmäßigen Unterhaltung der Bäche Ent- u. Bewässerungsanlagen, Gräben, Kanäle und Tümpfen erforderlichen Arbeiten baldmöglichst eventuell unter Zuziehung des Kreiswiesenmeisters — ausführen zu lassen und mir bis zum 1. Dezember d. Js. über das Gesehene Bericht zu erstatten. Ich erlaube, dieser Aufgabe Ihr ganz besonderes Interesse zuzuwenden, da durch die richtige und rechtzeitige Ausführung der erforderlichen Arbeiten, die in der jetzigen Zeit besonders notwendige Ertragsfähigkeit der Grundstücke erhalten und gefördert wird. Hauptächlich sind die Bewässerungsanlagen baldmöglichst gründlich zu untersuchen, damit die ersten Plüten im Herbst, welche bekanntlich die düngereichsten sind, zur Bewässerung der Wiesen benutzt werden können.

Der Kreiswiesenmeister wird später in jeder Gemeinde eine Befestigung vornehmen und mir hierüber Bericht erstaten.

Limburg, den 27. September 1920.

Der Landrat.

J. B. Niederschulte.

### An die Herren Bürgermeister des Kreises

Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 1. März 1901 — I. 2858, Kreisblatt-Sonderabdruck 1901, Seite 21 — erlaube ich um pünktliche Einreichung der Waisen-Kindergeld-Verzeichnisse für das zweite Vierteljahr — 1. Juli bis 30. September 1920 — bis spätestens am 1. November d. Js. die Bescheinigung auf den Verzeichnissen mit folgenden Wortlaut haben:

„Die vertragmäßige Verpflegung und Erziehung des(r) verzeichneten Waisenkindes(r) während der oben genannten Zeit bescheinigt.“

1920,

Der Bürgermeister.

Ich mache darauf aufmerksam, daß auf den Pflegegeld-Verzeichnissen auch zu vermerken ist, wenn ein Waisenkind im Laufe des Vierteljahrs in ein Krankenhaus usw. verbracht sein sollte. Verzeichnisse sind die Verzeichnisse beim Eingang bereits von der Quittung der Verpflegung versehen. Diese Quittungen haben keinen Wert, falls die Gemeinden das Pflegegeld etwa vorläufig gezahlt haben.

Limburg, den 30. September 1920.

Der Landrat.

J. B. Niederschulte.

24. Nachweisung der Handwerker, die an der Abfertigung über die Erteilung einer Zwangsinsinuation für das Sommer-Grabstein- und Anstaltungs-Handwerk im Kreisbezirk Wiesbaden, außer Frankfurt a. Main und Wiesbaden und den Kreis Weiskirchen teilgenommen haben, am 26. d. Mts. von mir geschlossen worden. Sie sind zur Einsicht und Erhebung etwaiger Einsprüche der Öffentlichkeit in der Zeit vom 5. Oktober bis 19. Oktober d. Js. während der Dienststunden offen. Nach dem 19. Oktober 1920 eingehende Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

Limburg, den 29. September 1920.

Der Landrat

als Kommissar des Herrn Regierungspräsidenten

## Verordnung

über die Einfuhr von Wild, zahmen Kaninchen, Geflügel, und Wildgeflügel. Vom 20. Sept. 1920.  
Auf Grund des § 4 Abs. 3 der Verordnung über die Regelung der Einfuhr vom 16. Januar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 41)/22. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 334) und des § 1 Abs. 2 der Bekanntmachung über die Einfuhr von Vieh und Fleisch sowie Fleischwaren vom 18. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 175) wird folgendes verordnet:  
§ 1. Ohne die nach § 1 der Verordnung über die Regelung der Einfuhr vom 16. Januar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 41)/22. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 334) vorgeschriebene Bewilligung wird die Einfuhr gestattet für:

Einfuhrnummer des statistischen Warenverzeichnisses	
Gänse, Hühner aller Art, Enten, sonstiges Federwild, lebend	aus 107a—d
Haarwild (auch zahme Kaninchen), Federwild, lebend	aus 125b
Haarwild, nicht lebend, auch zerlegt; genießbare Eingeweide von Haarwild	aus 111
Federwild, nicht lebend, auch zerlegt; genießbare Eingeweide von Federwild	aus 112
§ 2. Die Bekanntmachung über die Einfuhr von Wild, zahmen Kaninchen, Geflügel und Wildgeflügel vom 24. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1431) tritt außer Kraft.	
§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.	

Berlin, den 20. September 1920.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.  
In Vertretung.  
Dr. Huber.

## Verordnung

über die Einfuhr von Blut, Eingeweiden und Därmen.  
Vom 20. September 1920

Auf Grund des § 4 Abs. 3 der Verordnung über die Regelung der Einfuhr vom 16. Januar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 41)/22. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 334) und des § 4 Satz 2 der Bekanntmachung über die Einfuhr von Vieh und Fleisch sowie Fleischwaren vom 18. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 175) wird folgendes verordnet:

Einfuhrnummer des statistischen Warenverzeichnisses	
Blut von Vieh	aus 161
Eingeweide, genießbare, von Vieh, frisch, auch gefroren, einfach, zubereitet (gepöbelt, eingefalzen) usw., nicht in luftdicht verschlossenen Behältnissen,	aus 108a—d, 108f
Därme aus Vieh	aus 157
§ 2. Die Bekanntmachung über die Einfuhr von Vieh und Fleisch sowie Fleischwaren vom 18. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 175) nebst den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 22. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 179) Bestimmungen vom 22. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 179)/21. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 940) tritt außer Kraft, soweit sie sich auf Blut, Eingeweide und Därme beziehen.	
§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.	

Berlin, den 20. September 1920.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.  
In Vertretung.  
Dr. Huber.

Wird veröffentlicht.

Limburg den 30. September 1920.

## Der Vorsitzende des Kreisaußenbüros.

Für das auf Grund der Zuteilung für September 1920 zur Verteilung gelangende Petroleum sind vom Reichswirtschaftsministerium folgende Preise festgesetzt:

Der Preis des Petroleums beträgt für je ein Kilogramm Reingewicht bei Verlauf von 100 Kilogramm und mehr 4,91 Mark in Kesselwagen frei jeder deutschen Station. Bei Bezug in Eisenfässern beträgt der Preis 5,03 Mark für je ein Kilogramm ab Lager des Verkäufers, bei Bezug in Holzfässern 5,64 Mark ab Lager des Verkäufers einschließlich Holzfass.

Bei Lieferung von 100 Kilogramm und weniger darf der Preis für je einen Liter Petroleum 4,70 Mark nicht übersteigen. Bei Lieferung aus Strahlentankwagen ist der Verkäufer berechtigt, ohne Rücksicht auf die abgegebene Menge für je einen Liter Petroleum bei Lieferung frei Haus des Käufers bis zu 4,30 Mark, wenn der Strahlentankwagen oder Petroleum aus ihm vom Orte der Befüllung abgeholt wird, bis zu 4,25 Mark zu fordern.

Die Kleinhandlärer dürfen das Petroleum ab Laden nicht höher als 4,75 Mark das Liter und bei Lieferung frei Haus des Verbrauchers nicht höher als 4,90 Mark das Liter berechnen.

Berlin, den 14. September 1920.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Die Herren Bürgermeister des Kreises erlaube ich um sofortige ortsübliche Bekanntmachung. Insbesondere sind die Händler auf diese Preise aufmerksam zu machen.

Limburg, den 28. September 1920.

## Kreiswirtschaftsamt des Kreises Limburg.

Zufolge des Erlasses des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, vom 9. Februar 1910 — II. 1003 — sind die Rassenstunden des Domänen-Rechtsamts Sadamar wie folgt festgesetzt:

Während der Monate April bis einschließlich September ist die Kasse von 8 bis 12 Uhr und während der Monate Oktober bis einschließlich März von 8½ bis 12 Uhr vormittags geöffnet.

Am letzten Werktag der Monate Juni, September, Dezember und den beiden letzten Werktagen des Monats April bleibt die Kasse geschlossen.

Sadamar, den 15. September 1920.

Domänen-Rechtsamt.

## Bekanntmachung.

Betreffend die Entrichtung der Luxussteuer für das 3. Vierteljahr 1920.

Auf Grund des § 144 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz werden die zur Entrichtung der Luxussteuer und erhöhten Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die

eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in der Stadt Limburg sowie in den Landgemeinden des Kreises Limburg, (Steuerbezirk) aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im III. Vierteljahr 1920 bis spätestens Ende Oktober 1920 dem Finanzamt Limburg, Untere Strabenstraße, schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstellen mündlich zu machen.

Der Termin darf nicht überschritten werden.

Die Abgabe der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbetriebs.

Auch Kleinste Betriebe sind steuerpflichtig; eine Steuerbefreiung für Betriebe mit nicht mehr als 3000 Mark Umsätze besteht nach dem Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 nicht mehr.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in diesem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern oder in den Fällen der §§ 21, 23 Abs. 1 Nr. 1 von Personen, die die Gegenstände nicht zur gewerblichen Weiterveräußerung erwerben, gezahlt zu werden pflegt.

Berechnung zur Abgabe der Erklärungen sind:

1. die Gewerbetreibenden, die Luxusgegenstände der im § 15 des Gesetzes bezeichneten Art herstellen und veräußern und zwar auch dann, wenn ihnen die Steuerentrichtung gemäß § 23 Abs. 2 letzter Satz des Gesetzes auf Grund des Jahresumsatzes gestattet ist,

2. die Gewerbetreibenden, die Lieferungen der im § 21 des Gesetzes bezeichneten Luxusgegenstände im Kleinhandel ausführen, und zwar auch dann, wenn ihnen die Steuerentrichtung gemäß § 23 Abs. 2 Satz 3 des Gesetzes für einen längeren oder längeren Zeitraum gestattet ist, sowie auch die Gewerbetreibenden, die Gegenstände der im § 23 unter Nr. 5 des Gesetzes genannten Art in das Ausland verbringen.

3. die Steuerpflichtigen, die Anzeigen im Sinne des § 25 Absatz 1 Nr. 1 des Gesetzes übernehmen, mit Ausnahme der Zeitungen und Zeitschriften, für welche der Steuerabzug auf ein volles Kalenderjahr erstreckt ist. Es kommen also jetzt in Betracht: Anzeigen in sonstigen Druckschriften (Handzetteln, Büchern, Kalendern, Adreßbüchern, Programmen usw.) Geschäfts-empfehlungen, Kataloge, Prospekte, Anschläge (Plakate), Reklamefilms, Aufschriften auf Verpackungen und Etiketten, auf Bierunterjahren, Aushängeschildern usw. Zugabeartikel, wenn sie durch Aufschrift oder Ausstattung auf das Unternehmen und seine Leistungen hinweisen, Ueberlassungen von Plakaten und Räumen zur Reklamewerbung, Ankündigungen, bei denen durch Beleuchtung mit Scheinwerfern, Umhertragen von Tafeln, Umherfahren von Reklamewagen, Ausrufen usw., die Aufmerksamkeit angezogen wird.

4. die Steuerpflichtigen, die eingerichtete Schlaf- und Wohnräume in Gasthöfen, Pensionen oder Privathäusern nachhaltig zu vorübergehendem Aufenthalt abgeben (Gasthofbesitzer, Wohnungsvermieter).

5. die Steuerpflichtigen, die die Aufbewahrung von Gold, Wertpapieren, Wertgegenständen oder Pelzwerk und Bekleidungsgegenständen aus oder unter Verwendung von Pelzwerk gewerbsmäßig betreiben, Ausgenommen sind Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften, da sich für diese Betriebe der Steuerabzug auf ein volles Kalenderjahr erstreckt.

6. die Steuerpflichtigen, die Pferde, Gel oder andere Reittiere gewerbsmäßig zum Reiten ausleihen.

7. die Gewerbetreibenden, die nach § 47 des Gesetzes vom 24. Dezember 1919 steuerpflichtig sind. Das sind solche, die am 31. Dezember 1919 nach § 15 steuerpflichtige Gegenstände besaßen und im III. Vierteljahr 1920 veräußert haben, soweit für diese Gegenstände § 8 des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 eine erhöhte Steuerpflicht von 10 von Hundert bei Lieferung im Kleinhandel vorliegt.

Die Einreichung der Erklärung kann, durch erforderlichenfalls zu wiederholender Ordnungsstrafen bis zu je 500 Mark erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Aufforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Umsatzsteueramt rechtzeitig unter Vorlegung der Gründe mitzuteilen (§ 202 Reichsabgabenordnung).

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissenschaftlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht, oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrag der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Bordrude zu verwenden. Bis zu zwei Stück können von jedem Steuerpflichtigen bei dem Umsatzsteueramt (Finanzamt) kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Bordrude zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Bei Nichteinreichung einer Erklärung, die im übrigen durch eine Ordnungsstrafe geahndet werden kann, ist das Finanzamt befugt, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Limburg, den 27. September 1920.

Kreisaußenbüro (Umsatzsteueramt).

## Oberschlesien.

### Deutsch ist das Land!

In unsrer Heimat sind die Fahnen,  
In deutscher Lieber Klang verpönt,  
Und alles, was die großen Ahnen,  
Was wir geschaffen, wird verhöhnt.  
Woß hundert Treue sind erschlagen  
Auf fremdem Wort, durch Bruders Hand —  
Laßt uns als Velden die beklagen:  
Sie fielen für ein deutsches Land.

Und sind viel tausend auch vertrieben,  
Die Treue ist kein leerer Wahn.  
In unsrer Heimat, unsrer lieben,  
Nährt sie uns auf des Rechtes Bahn.  
Nie lassen wir dies Recht zerbrechen,  
Der freien Zukunft Unterpfand,  
Und Millionen Treue sprechen  
Am Schicksalstag:

Deutsch ist das Land!



